

**Antrag** der Fraktion Die Linke**Öffentliche Hochschulen sichern statt private fördern**

Wie im Februar 2008 bekannt wurde, plant der Senat entgegen vorheriger Verlautbarungen die Jacobs University Bremen (JUB) mit einer beachtenswerten Summe öffentlicher Gelder auszustatten. Die Fördermenge soll nicht unmittelbar aus dem Wissenschaftsetat bestritten werden, sondern indirekt durch Mittel der Bremer Investitionsgesellschaft (BIG). Dieses Finanzierungsvorhaben zugunsten einer privaten Einrichtung folgt unmittelbar auf den Hochschulgesamtplan V (HGP V), der für die öffentlichen Hochschulen des Landes Bremens eine ausgesprochen weitreichende Kürzungsagenda darstellt. Während das Land also den unverkennbaren Willen zeigt, doch noch Wege zur Finanzierung der JUB zu finden und die entsprechenden Mittel freizugeben, müssen die staatlichen Hochschulen erfahren, dass selbst das niedrige Niveau des HGP V unterboten werden soll. Das Land zeigt sich jedenfalls nicht bereit, seine Zusage einzuhalten und Tarifsteigerungen im Hochschulbereich auszugleichen. Dies ist de facto eine weitere Kürzung der Hochschuletats über den HGP V hinaus.

Im Ergebnis wäre die Finanzierung der JUB eine Umverteilung öffentlicher Mittel weg von den staatlichen Hochschulen hin zu einer privaten Institution. Dies symbolisiert einen drohenden Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik und gefährdet das Angebot einer guten, öffentlichen Bildung für alle. Daher ist es geboten, die Finanzierung der JUB zu stoppen und die dafür veranschlagten Gelder in die öffentlichen Hochschulen zu investieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Jacobs University Bremen entgegen laufender Planungen keine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, weder aus direkten Haushaltsetats noch vermittels Gesellschaften, an denen das Land Bremen beteiligt ist. Stattdessen sollen die für die JUB vorgesehenen Mittel den öffentlichen Hochschulen des Landes Bremen zufließen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, entsprechende Verlagerungen der Mittel zügig einzuleiten. Ergänzend wird eine Finanzierung des öffentlichen Hochschulbaus (etwa Sanierungsbedarfe an der Hochschule Bremen) aus Mitteln der Bremer Investitionsgesellschaft geprüft.

Jost Beilken,  
Peter Erlanson und Fraktion Die Linke